

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

26. Jahrgang

Berlin, den 17. Juli 1959

Nummer 29/30

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahresmitte 1959

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Die Lage der Weltwirtschaft

Die konjunkturelle Situation der westlichen Welt zeichnet sich gegenwärtig durch eine starke Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität aus, Produktion und Beschäftigung in den Vereinigten Staaten haben neue Höchstwerte erreicht. Auch in Westeuropa ist im Gegensatz zur Jahreswende jetzt überall eine Tendenz zum Wachstum festzustellen. Diese Entwicklung vollzog sich bisher bei annähernder Preisstabilität. Der Welthandel hat sich nach vorübergehender Schwäche in den letzten Monaten der allgemeinen Aufwärtsbewegung angeschlossen.

Anhaltendes Wachstum in den Vereinigten Staaten

In den Vereinigten Staaten von Amerika überschritten Produktion und Beschäftigung im Frühjahr die Höchstwerte des Jahres 1957. Das Wachstum hält gegenwärtig unvermindert an. Hierzu tragen nun auch die privaten Anlageinvestitionen und der Absatz von dauerhaften Konsumgütern bei, die zu Beginn der Erholung hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben waren. Die private Wirtschaft sieht jetzt für das Jahr 1959 höhere Investitionsausgaben vor, als ursprünglich geplant. Es ist anzunehmen, daß die Investitionen im gegenwärtig erreichten Tempo, möglicherweise aber auch beschleunigt, wachsen werden. Die Rationalisierungsinvestitionen gewinnen dabei immer mehr an Gewicht.

Der Auftragseingang in der Bauindustrie läßt darauf schließen, daß die Bautätigkeit nach der zeitweiligen konjunkturellen Abschwächung in den Frühjahrsmonaten erneut zunehmen wird. Der gewerbliche Bau zeigt deutliche Anzeichen einer Belebung, der Wohnungsbau bewegt sich weiter auf dem bisher erreichten hohen Niveau. Von den Lagerdispositionen der Wirtschaft, die zum Teil unter dem Einfluß der Streikdrohungen der Stahlarbeiter standen, gingen in der ersten Jahreshälfte starke Anregungen auf die indu-

strielle Produktion aus, vor allem in den Industriezweigen, die dauerhafte Güter herstellen. Auch bei Vermeidung des Stahlarbeiterstreiks wird im dritten Quartal die Stahlproduktion zurückgehen, was zu einem vorübergehenden Nachlassen des allgemeinen Produktionsanstieges führen wird. Da, vom Stahl abgesehen, keine überhöhte Lagerhaltung der Wirtschaft zu beobachten ist, dürften die Lagerinvestitionen nach Normalisierung der Stahlvorräte insgesamt wieder steigen. Während die Ausgaben der Staaten und Gemeinden weiter zunehmen werden, werden die Ausgaben des Bundes im laufenden Haushaltsjahr eher leicht zurückgehen. Die Wirtschaftsexpansion wird die Einnahmen des Bundes über den Voranschlag steigen lassen, und die noch im Frühjahr lebhaft von der Opposition geforderten Ausgabenerhöhungen haben angesichts der neuesten wirtschaftlichen Entwicklung keine Aussicht verwirklicht zu werden. Unter diesen Umständen dürfte der Bundeshaushalt 1959/60 in Einnahmen und Ausgaben mindestens ausgeglichen sein.

Die allgemeine wirtschaftliche Belebung in der Welt wird die amerikanischen Ausfuhren, die bis in die jüngste Zeit hinein zurückgegangen sind, wieder leicht steigen lassen. Da aber auch eine weitere Zunahme der amerikanischen Einfuhren wahrscheinlich ist, werden möglicherweise — wie schon im ersten Quartal 1959 — die Handelsbilanz und damit auch die Leistungsbilanz vorerst noch mit einem Passiv-Saldo abschließen. Selbst bei vermindertem Kapitalexport wird somit den übrigen Ländern der westlichen Welt weiterhin eine Anreicherung ihrer Währungsreserven möglich sein. Diese zusätzlichen Währungsreserven dürften auf Grund der Erhöhung des Zinsniveaus in den Vereinigten Staaten zu einem großen Teil in Form von Dollar Guthaben gehalten werden.

Persönliches Einkommen und privater Verbrauch sind in einem stetigen Wachstum begriffen. Abnehmende Arbeitslosigkeit, steigende Beschäftigung und steigende Wochenverdienste bei insgesamt stabilen

Lebenshaltungskosten und die allgemeine Besserung des Wirtschaftsklimas begünstigen den Absatz dauerhafter Konsumgüter. Diese Entwicklung kommt auch in der Zunahme der Konsumentenverschuldung zum Ausdruck.

Die restriktive Kreditpolitik des Federal Reserve Board wurde in den letzten Monaten verschärft mit dem Ziele, die Überschußreserven der Geschäftsbanken zu reduzieren und damit ihren Kreditschöpfungsspielraum einzunengen. Der Wirtschaftsaufschwung scheint hierdurch bisher jedoch kaum beeinträchtigt worden zu sein, da die private Wirtschaft infolge des Ausgabenüberschusses im Bundeshaushalt 1958/59 über erhebliche Mittel verfügt und die Banken sich die zur Kreditgewährung erforderlichen Mittel durch Abgabe von Bundestiteln beschaffen konnten. Auch am Hypothekenmarkt war das anlagensuchende Kapital, nicht zuletzt infolge der hohen privaten Sparkapitalbildung, immer noch reichlich. Jedoch dürfte sich die Lage am Geld- und Kapitalmarkt unter dem Einfluß des im laufenden Finanzjahr voraussichtlich mindestens ausgeglichenen Bundeshaushalts bei steigendem Finanzierungsbedarf der Wirtschaft stärker anspannen, worunter zuerst die private Wohnbautätigkeit leiden würde.

In den kommenden Monaten ist mit einem weiteren Wachstum der amerikanischen Wirtschaft zu rechnen, das sich lediglich durch die besondere Entwicklung auf dem Stahlmarkt vorübergehend verlangsamten wird. Ohne daß der Expansionspielraum vorerst schon voll ausgeschöpft werden wird, dürfte das Preisniveau etwas steigen, da bei wachsender, aus zunehmenden Masseneinkommen und Gewinnen gespeister Nachfrage die schon seit längerer Zeit zu beobachtende leichte Aufwärtsbewegung der industriellen Preise sich fortsetzen und diese Entwicklung nicht mehr wie bisher durch fallende Agrarpreise kompensiert werden wird.

Auftriebskräfte in Europa verstärken sich

In Westeuropa haben sich seit der Jahreswende 1958/59 wieder stärkere Auftriebskräfte durchgesetzt. So hat in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien und in den Niederlanden das wirtschaftliche Wachstum erneut zugenommen; in Frankreich, in den skandinavischen Ländern, in Österreich, in der Schweiz und auch in Belgien kann die konjunkturelle Abschwächung als überwunden gelten. Auch in Großbritannien, wo im ganzen gesehen in den letzten drei Jahren nur noch ein sehr geringer wirtschaftlicher Fortschritt zu verzeichnen war, hat sich die wirtschaftliche Aktivität wieder verstärkt.

Die konjunkturelle Belebung hatte sehr verschiedene Ursachen. Jedoch kam der Gestaltung der öffentlichen Haushalte eine ausschlaggebende Rolle zu. In der Mehrzahl der Länder sind in der letzten Zeit die öffentlichen Investitionen gestiegen; ihre weitere Erhöhung ist vorgesehen. So ist in Großbritannien eine Heraufsetzung der öffentlichen Investitionen um nicht weniger als 11 vH geplant. Auch in Frankreich steht eine weitere Steigerung der öffentlichen Investitionen in ähnlichem Umfang bevor.

In einzelnen Ländern sind nicht nur die öffentlichen Ausgaben gestiegen, man ist auch dazu übergegangen, die private Wirtschaft durch Steuervergünstigungen zu verstärkten Anlageinvestitionen anzuregen. Bisher hatten die Veränderungen des konjunkturellen Klimas und die von der öffentlichen Hand gewährten Anreize zwar bereits eine erhöhte Investitionsbereitschaft, aber noch keine nennenswerte Zunahme der Investitionen zur Folge. Nur in den Ländern, in denen sich das wirtschaftliche Wachstum schon seit längerer Zeit beschleunigt hat, wie in den Niederlanden und Italien, ist ein stärkeres Wachstum der privaten Anlageinvestitionen zu beobachten. Vom Wohnungsbau gingen in einigen Ländern in den letzten Monaten besonders starke Anregungen aus. Das gilt vor allem für die Bundes-

republik Deutschland, ferner auch für Belgien, Schweden, die Schweiz und in gewissem Umfang auch für Großbritannien. Die Entwicklung der Auftragseingänge bzw. der Baugenehmigungen läßt auf eine weitere Zunahme der Wohnbautätigkeit im Verlauf dieses Jahres schließen.

Gewisse Anregungen gingen in einzelnen Ländern von den wieder zunehmenden Lagerinvestitionen aus. Die gestiegenen Rohstoffeinfuhren in den letzten Monaten dürften sich in erster Linie aus einem Lageraufbau erklären. Angesichts des zu erwartenden stärkeren wirtschaftlichen Wachstums ist mit einer weiteren Zunahme der Lagerinvestitionen zu rechnen.

In einigen europäischen Ländern erwies sich auch der private Verbrauch als expansiver Faktor, so besonders in Großbritannien, in den Niederlanden und in Österreich. In Großbritannien waren in diesem Zusammenhang Erleichterungen des Konsumentenkredits und Steuerherabsetzungen von Bedeutung. In Frankreich stieg der private Verbrauch zu Beginn des Jahres unerwartet stark. Ausschlaggebend hierfür war der durch verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen der französischen Regierung im Zusammenhang mit der Währungsabwertung ausgelöste Anstieg des Preisniveaus. Nach dem Fortfall der spekulativen Nachfrage ist anzunehmen, daß sich die Verbrauchsentwicklung im weiteren Verlauf des Jahres dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum anpassen wird.

Gemeinsam ist fast allen westeuropäischen Ländern eine erneute Zunahme der Ausfuhr. Die Entwicklung des Auftragseingangs aus dem Ausland läßt auf ein weiteres Anhalten dieser Tendenz schließen. Die Einfuhr reagierte bisher noch nicht in allen diesen Ländern auf das wieder stärker in Gang gekommene wirtschaftliche Wachstum. In Anbetracht der relativ kleinen Rohstofflager kann aber für die nächste Zeit mit einer weiteren Zunahme der Rohstoffeinfuhren gerechnet werden. Dank reichlicher Währungsreserven wird die Finanzierung dieser zusätzlichen Einfuhren zunächst auf keine Schwierigkeiten stoßen.

Die bisherige konjunkturelle Belebung hat die vorhandenen Expansionsmöglichkeiten noch keineswegs erschöpft. Beträchtliche industrielle Kapazitätsreserven und in einzelnen Ländern auch Arbeitskraftreserven stehen für das zu erwartende weitere wirtschaftliche Wachstum noch zur Verfügung. Abgesehen von den exogen bedingten Preissteigerungen in Frankreich blieb darum auch das Preisniveau in Westeuropa in letzter Zeit im großen und ganzen noch stabil. Dabei stand allerdings vielfach einer geringfügigen Erhöhung der Preise für Industrieerzeugnisse und Dienstleistungen eine entsprechende Senkung der Preise für Nahrungsmittel gegenüber. Ein weiteres Sinken der Nahrungsmittelpreise ist unwahrscheinlich. Da außerdem die Wohnungsmieten und Dienstleistungen weiter nach oben tendieren, ist die Möglichkeit eines geringfügigen Anstiegs des Preisniveaus in den nächsten Monaten nicht von der Hand zu weisen.

Auch Welthandelsvolumen nimmt zu

Die Welthandelsumsätze zeigen — nach erneuter kurzer Unterbrechung in den ersten Monaten dieses Jahres — wieder deutlich steigende Tendenz. Belebende Wirkungen gingen von dem erhöhten Einfuhrbedarf der westeuropäischen Industrieländer und der Vereinigten Staaten aus; die Einfuhr der Rohstoffländer hat dagegen noch nicht erkennbar zugenommen. Bemerkenswert sind die gestiegenen Bezüge der Vereinigten Staaten an Fertigwaren aus Westeuropa und Japan und der intensivierter Warenaustausch der europäischen Industrieländer untereinander. Beides ist nicht nur konjunkturell bedingt, sondern auch Ausdruck einer wachsenden Arbeitsteilung zwischen den großen Industrieländern.

Die Frachtraten im Seeverkehr waren in den letzten Monaten annähernd stabil. Auch bei weiterer

Zunahme des Welthandelsvolumens sind stärkere Ratensteigerungen nicht zu erwarten, da sehr umfangreiche Reserven an Schiffsraum vorhanden sind und die Welthandelstonnage noch laufend zunimmt.

Auf Weltrohstoffmärkten durch hohe Angebotselastizität nur geringe Preissteigerungen

Die Preise der industriellen Rohstoffe haben auf Grund stärkerer Nachfrage seit Beginn dieses Jahres leicht angezogen, während auf den Märkten der meisten Nahrungs- und Futtermittel der seit Jahren bestehende Druck unvermindert anhält. Zu der wachsenden Rohstoffnachfrage der westlichen Industrieländer kamen zeitweilig stark erhöhte Käufe der Ostblockstaaten. Diese Nachfrage gewinnt auf den Rohstoffmärkten ständig an Bedeutung. Die Angebotselastizität ist auf den meisten Rohstoffmärkten so groß, daß selbst bei stärker steigender Nachfrage im allgemeinen keine größeren Preissteigerungen zu erwarten sind. Hierbei spielen Vorräte (Getreide, Baumwolle), unausgeschöpfte Gewinnungsmöglichkeiten (Fette, Rohrzucker), durch umfangreiche Investitionen in früheren Jahren geschaffene und zur Zeit nicht ausgenutzte Kapazitäten (NE-Metalle) und verstärkte Rückgriffsmöglichkeiten auf Substitutionsprodukte (Kautschuk, Textilfasern) eine entscheidende Rolle.

Die „terms of trade“ der Industrieländer verbesserten sich ab Herbst 1958 infolge eines leichten Rückgangs der Ausfuhrpreise bei gleichzeitig nicht mehr so schnell sinkenden Einfuhrpreisen kaum noch. Da sich das Niveau der Einfuhrpreise in der nächsten Zeit bei wahrscheinlich noch stabilen oder nur geringfügig nach oben tendierenden Ausfuhrpreisen wieder anheben dürfte, muß mit einer gewissen Verschlechterung der „terms of trade“ für die Industrieländer gerechnet werden.

Die Abnahme des Welthandels, die dazu geführt hat, daß die Welthandelsumsätze im ersten Vierteljahr 1959 noch unter dem gleichen Vorjahrsstand lagen, traf die Rohstoffländer im allgemeinen sehr viel stärker als die Industrieländer. Durch Kredite und Kapitalhilfen wurden die Auswirkungen dieser Entwicklung gemildert. Bei steigendem Mengenabsatz und vermutlich sich leicht bessernden „terms of trade“ dürfte ihre außenwirtschaftliche Lage nunmehr wieder etwas günstiger werden.

Die starken Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt während der letzten Jahre lassen erkennen, wie notwendig es ist, die nationalwirtschaftlichen Bestrebungen mehr als bisher auf ein gemeinsames optimales Wirtschaftswachstum zu richten. Die neuerliche Beschleunigung des wirtschaftlichen Fortschritts sollte den wirtschaftspolitischen Instanzen Veranlassung geben, die Hindernisse abzubauen, die einer sinnvollen Arbeitsteilung auf weltweiter Basis noch entgegenstehen. Ein solches Vorgehen würde den realen Expansionspielraum beachtlich ausweiten und vor allem auch den Belangen der Entwicklungsländer besser als bisher gerecht werden.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Die westdeutsche Wirtschaft ist in den letzten Monaten in eine neue Phase beschleunigten Wachstums eingetreten, nachdem die leichte konjunkturelle Schwäche, die zu Beginn des Jahres 1959 zutage getreten war, in den Frühjahrsmonaten rasch überwunden wurde. Produktion und Beschäftigung nehmen gegenwärtig sogar in schnellerem Tempo zu als in der zweiten Hälfte des Jahres 1958, obwohl die konjunkturelle Entwicklung schon damals angesichts der Grenzen, die ihr vom Arbeitsmarkt her gezogen waren, als befriedigend angesehen werden konnte. Das Gesamtangebot an Gütern und Dienstleistungen war aber

bisher so elastisch, daß die Expansion der Nachfrage die Stabilität des Preisniveaus nicht beeinträchtigt hat.

Die jüngste Beschleunigung des Wachstumstempos trägt auch insofern die Züge echten Konjunkturaufschwungs, als die Aufwärtsbewegung mehr und mehr auch jene Bereiche erfaßt, die vorher im Schatten der Konjunktur gestanden hatten.

An der Jahreswende 1958/59 war an dieser Stelle für die erste Hälfte des Jahres 1959 die Erwartung ausgesprochen worden, daß weder Rückschläge noch Überhitzung zu befürchten seien, daß sich das reale Wachstum etwa im gleichen Tempo wie bisher vollziehen und die auf Stabilität gerichteten Tendenzen in der Preisentwicklung anhalten würden. Diese günstige Beurteilung der weiteren Entwicklung stützte sich vor allem auf die Annahme, daß sich das Wachstum der Investitionen beschleunigen werde.

Das tatsächliche Geschehen hat diese Erwartung voll und ganz bestätigt, was das Tempo des realen Wachstums betrifft, sogar übertroffen. Die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts, die dem Realwert nach im zweiten Halbjahr 1958 reichlich 3 vH betragen hatte, dürfte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1959 auf etwa 4 vH erhöht haben. Hierzu hat neben der Ausweitung der Investitionen auch die rasche Zunahme der Staatsausgaben beigetragen. Dagegen hat sich — wie erwartet — das Wachstum der Ausgaben der Konsumenten verlangsamt. Die Diskrepanz zwischen dem nominalen und realen Wachstum des Bruttosozialprodukts (gegenüber dem Vorjahr) hat sich bis auf etwa 1 vH vermindert.

Obwohl die neue Phase der Expansion zeitlich mit gleichen oder ähnlichen Entwicklungen in den meisten Industrieländern in der westlichen Welt zusammenfällt und damit auch vom Export immer stärkere Anregungen auf die Nachfrage im Inneren ausgehen, handelt es sich gegenwärtig doch überwiegend um eine „Binnenkonjunktur“: Hinter ihr steht als treibende Kraft eine starke Zunahme der Investitionsneigung, die sich in den kommenden Monaten stärker als bisher auf Gesamtnachfrage und Einkommen auswirken wird.

Investitionen — Träger der Expansion

Die Ausgaben der Wirtschaft und der öffentlichen Hand für Anlageinvestitionen haben im ersten Halbjahr 1959 kräftig zugenommen; mit einer Wachstumsrate von etwa 11 vH gegenüber dem Vorjahr haben sie entscheidend zur Stärkung der Gesamtnachfrage beigetragen. In der Vorratsbildung hielten dagegen die scharfen Rückgänge den ganzen Winter über an. Erst im Laufe des zweiten Vierteljahres 1959 fielen die von hier ausgehenden rezessiven Wirkungen fort.

Für die regen Investitionen in Anlagen war die Kräftigung des Angebots an langfristigen Mitteln und die damit einhergegangene Zinssenkung die wichtigste Vorbedingung; besonders die zinsempfindlichen Bauinvestitionen sind im ersten Halbjahr 1959 weiterhin sehr stark gestiegen. Ihr Niveau lag, noch zusätzlich witterungsbegünstigt, um fast ein Fünftel über dem im gleichen Vorjahrszeitraum. Am stärksten reagierte der ausschließlich privat finanzierte Wohnungsbau, dessen Kosten-Ertrags-Relation sich wesentlich verbesserte. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau wirkte sich der Wandel in der Kapitalmarktsituation auf die Nachfrage nach Bauleistungen vornehmlich über ein reichliches Angebot an ersten Hypotheken fördernd aus. Aber auch im Bereich der kaum zinsempfindlichen öffentlichen Bauinvestitionen (Straßen, Schulen usw.) waren positive Reaktionen spürbar; die größere Ergiebigkeit des Kapitalmarktes erweiterte hier den Finanzierungsspielraum erheblich.

Hierfür spricht schon die nach wie vor starke Zunahme der Bauplanungen für Hochbauten. Die Nachfrage nach Bauleistungen scheint sogar an Breite zu gewinnen, da neuerdings die seit langem rückläufige

Entwicklung im gewerblichen Bau zum Abschluß gekommen ist. Da auch der öffentliche Tiefbau, durch neue gesetzliche Finanzierungsregelungen begünstigt, nach wie vor besonders kräftig expandiert, wird der Nachfragedruck auf dem durch die Knappheit an Arbeitskräften bereits beengten Baumarkt anhalten. Obwohl die Bauinvestitionen um mindestens 10 vH zunehmen dürften, wird der Nachfragezuwachs im zweiten Halbjahr im Rahmen der gegebenen Kapazitäten nicht voll zu bewältigen sein. Die Auftragsbestände werden daher weiter steigen. Unter diesen Umständen dürften sich die Preissteigerungen für Bauleistungen fortsetzen.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen war im ersten Halbjahr 1959 noch keine Beschleunigung im Wachstumstempo festzustellen. Ihre Jahreswachstumsrate lag sogar mit knapp 6 vH etwas unter der des Jahres 1958. Im zweiten Vierteljahr 1959 bahnte sich hier jedoch deutlich erkennbar eine Belebung an.

Dabei investierten vorwiegend die Wirtschaftsbereiche, in denen die Knappheit an Arbeitskräften, sei es aus konjunkturellen oder aus strukturellen Gründen, besonders groß ist, wie die Bauwirtschaft und die Landwirtschaft. Aber auch in den Wirtschaftssektoren, in denen die Investitionstätigkeit bisher schwach oder sogar rückläufig war, wie in der Textilindustrie und bei den Gießereien, zeichnet sich seit dem Frühjahr eine Wende ab.

Zu der Belebung der Investitionsneigung trägt neben dem Substitutionsmotiv der Zwang zur Kostensenkung und zur Anpassung an den technischen Fortschritt bei. Das Rationalisierungsmotiv ist insbesondere im Hinblick auf die westeuropäische Wirtschaftsintegration und die sich damit herausbildende neue Wettbewerbskonstellation von Gewicht. Dazu kommen die mit der verbesserten inländischen und ausländischen Konjunktur allgemein günstiger gewordenen Ertragsersparungen. Alles dies hat dazu geführt, daß seit dem Frühjahr die Auftragsengpässe bei den Investitionsgüterindustrien stark gestiegen sind. Sie lassen für das zweite Halbjahr eine Beschleunigung der Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen erwarten.

Die Lagerinvestitionen haben im Verlauf des ersten Halbjahres 1959 stark geschwankt. So hatte sich im ersten Vierteljahr die Lagerbildung bei den Rohstoffen, Fertigwaren und bei den ebenfalls zur volkswirtschaftlichen Vorratsbildung hinzuzurechnenden Gütern im Produktionsprozeß beträchtlich verlangsamt. Dabei nahmen die volkswirtschaftlichen Lagerbestände zwar immer noch merkbar zu; der Zuwachs war jedoch erheblich schwächer als im Vorjahr. Im zweiten Vierteljahr tendierte die Entwicklung der Rohstofflager bereits wieder leicht nach oben. Außerdem stiegen mit der allgemeinen Produktionsbelebung die Bestände an den Gütern, die sich im Produktionsprozeß befinden, an. Die rezessiven Einflüsse der Lagerbildung auf die Gesamtwirtschaft fielen damit fort.

Für das zweite Halbjahr ist mit einem erhöhten Zugang zu den Fertigwarenbeständen zu rechnen. Da die übrigen die Lagerbildung begünstigenden Faktoren weiterhin wirksam bleiben, wird sich die volkswirtschaftliche Vorratsbildung wieder beschleunigen, der gesamtwirtschaftliche Einkommenskreislauf also auch von dieser Seite aus erweitert werden.

Vorübergehend starke Steigerung des öffentlichen Verbrauchs

Die Entwicklung des öffentlichen Verbrauchs war in der ersten Hälfte des Jahres 1959 durch besonders starke Erhöhungen in den Personal- und Verteidigungsausgaben bestimmt, so daß er in diesem Zeitraum weit aus stärker expandierte als das gesamte Sozialprodukt. In der zweiten Hälfte des laufenden Jahres ist mit solchen Einflüssen kaum zu rechnen. Der öffentliche

Verbrauch wird sich annähernd im gleichen Tempo erweitern wie das Sozialprodukt.

Verlangsamtes Wachstum des privaten Verbrauchs

Der private Verbrauch hat sich im ersten Halbjahr 1959 weiter erhöht; sein Wachstumstempo ist aber geringer geworden, da das verfügbare Einkommen verlangsamt zunahm und sich die Sparneigung weiterhin verstärkte.

Die Entwicklung des privaten Verbrauchs hat sich insofern geändert, als die Ausgaben für Bekleidung nun wieder an seiner Ausweitung beteiligt sind. Offensichtlich haben Mode und Witterung, anders als im vergangenen Jahr, die Kaufneigung der Konsumenten angeregt. Infolgedessen hat der Einzelhandel in den letzten Monaten lebhafter disponiert, zumal auch seine teilweise überhöhten Lagerbestände abgebaut worden sind. Andererseits scheint die Nachfrage nach langlebigen Verbrauchsgütern nun etwas langsamer zu wachsen als bisher.

Obwohl die privaten Haushaltungen nach wie vor einen wachsenden Teil ihres Einkommens für ausländische Waren und Auslandsreisen ausgeben, hat sich der Auftragsengang aus dem Inland bei den Verbrauchsgüterindustrien kräftig belebt, so daß auch die Produktion gesteigert werden konnte.

Entscheidend für die Verlangsamung des Wachstums der verfügbaren Einkommen war die Entwicklung der Arbeitseinkommen. Die übertragenen Einkommen (Renten, Pensionen und Unterstützungen) sind dagegen vor allem infolge der Aufbesserung der Sozialversicherungsrenten seit Beginn dieses Jahres leicht beschleunigt gestiegen, während die Privatentnahmen der selbständigen Einkommensbezieher nur etwa so hoch gewesen sein dürften wie vor einem Jahr.

Die Verringerung im Wachstum der Arbeitseinkommen geht darauf zurück, daß die Lohn- und Gehaltsätze im bisherigen Verlauf des Jahres weniger als vormals erhöht worden sind. Von der Arbeitszeit gingen dagegen keine zusätzlichen retardierenden Effekte auf die Einkommensbildung aus. Andererseits hat sich die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt des ersten Halbjahres mit einer Wachstumsrate von nicht weniger als 3 vH kräftig erhöht, was allerdings nur wegen des frühzeitigen und ungewöhnlich starken Abbaus der winterlichen Arbeitslosigkeit möglich war.

Bisher liegen keine Anzeichen dafür vor, daß noch in diesem Jahr eine neue Welle von Lohnerhöhungen in Gang kommen wird. Von der Arbeitszeit sind keine nennenswerten Einflüsse auf die Einkommensbildung zu erwarten. Wegen der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich die Zahl der Beschäftigten nur wenig erhöhen lassen. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß sich das Wachstum des Arbeitseinkommens eher verlangsamen als beschleunigen wird. Das gilt auch für die Entwicklung der gesamten für Verbrauch und Ersparnis verfügbaren Einkommen, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die übertragenen Einkommen vielleicht noch im Laufe des Jahres durch autonome Aufbesserungen erhöht und die Privatentnahmen der Selbständigen wieder steigen werden.

Damit sind zwar die Voraussetzungen für eine weitere Steigerung des privaten Verbrauchs, kaum jedoch für eine Beschleunigung seines Wachstums gegeben.

Wieder starke Expansion des Außenhandels

Die seit Jahren zu beobachtende Tendenz zu wachsender Aktivierung der Leistungsbilanz ist im zweiten Viertel dieses Jahres unterbrochen worden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich die Wareneinfuhr erstmalig seit Jahren wieder stärker erhöht hat als die Ausfuhr, so daß der Überschuß im Warenverkehr abnahm.

Die Zunahme der Einfuhr erstreckte sich auf alle Warenbereiche mit Ausnahme von Kohle und Genußmitteln. Sie wurde in erster Linie durch die Tendenz zur Lagerauffüllung in Anbetracht der sich offensichtlich wieder beschleunigenden konjunkturellen Expansion verursacht. Ferner spielte dabei eine Rolle, daß sich die Preissenkungstendenz auf den Weltmärkten nicht mehr fortgesetzt hat. Bei der Fertigwareneinfuhr setzte sich der hauptsächlich durch die fortschreitende Liberalisierung begünstigte Wachstumstrend nach einer Abschwächung in den ersten Monaten wieder verstärkt durch.

Gleichzeitig verminderte sich — vor allem wegen der zunehmenden Passivierung des Saldos der Reiseverkehrs-bilanz — auch die Aktivität der Dienstleistungsbilanz. Der Überschuß der gesamten Leistungsbilanz nahm daher von 4,2 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1958 auf rd. 3 Mrd. DM in der ersten Hälfte dieses Jahres ab.

Für das zweite Halbjahr 1959 ist mit einer erheblichen Zunahme der Ausfuhr zu rechnen. Hierauf deutet die kräftige Erhöhung der Auftragseingänge aus dem Ausland hin. Auf der anderen Seite wird aber auch die Einfuhr stark zunehmen. Die Einfuhr von Fertigwaren wird wohl etwa im bisherigen Tempo weiterwachsen; bei anhaltender konjunktureller Expansion werden sich aber auch Rohstoff- und Halbwarenimporte weiter erhöhen, weniger dagegen die Importe von Gütern der Ernährungswirtschaft.

Insgesamt dürfte die Einfuhr prozentual kaum weniger steigen als die Ausfuhr. Bei dem gegenwärtigen Unterschied im Niveau zwischen Einfuhr und Ausfuhr wird sich der Überschuß im Warenverkehr weiter erhöhen. Da sich der Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz aber weiter vermindern wird, dürfte sich der Saldo der gesamten Leistungsbilanz gegenüber dem Vorjahr wohl nicht nennenswert ändern.

Sprunghafter Anstieg der Kapitalexporte durch Sonderfaktoren

Die Kapitalleistungen haben sich sowohl hinsichtlich ihres Saldos als auch ihrer Zusammensetzung erheblich verändert. Im öffentlichen wie im privaten langfristigen Kapitalverkehr ergaben sich ungewöhnlich große Steigerungen der Passivsaldo. Der Überschuß der privaten Kapitalausfuhr ist von 120 Mill. DM im ersten Halbjahr 1958 auf schätzungsweise 900 Mill. DM im ersten Halbjahr 1959 gestiegen; er hat damit annähernd den gleichen Umfang erreicht wie der Nettokapitalexport der öffentlichen Hand, dessen Höhe in der Hauptsache durch vorzeitige Schuldentilgung bedingt war.

Weitaus größer als die langfristigen Nettokapitalexporte waren im ersten Halbjahr 1959 wieder die privaten und öffentlichen kurzfristigen Nettokapitalexporte. Während die Zunahme der kurzfristigen Kreditgewährung der öffentlichen Hand im wesentlichen mit den hohen Vorauszahlungen für Rüstungsgüter im März dieses Jahres zusammenhing, handelt es sich bei den privaten kurzfristigen Kapitalleistungen in erster Linie um Geldanlagen der Banken.

Da der gesamte Kapitalexportüberschuß (einschließlich der nur wenig erhöhten unentgeltlichen Leistungen) größer war als der Überschuß der Leistungsbilanz, nahmen die Nettobestände an Gold und Devisen bei der Bundesbank im ersten Halbjahr 1959 zum ersten Male seit 1957 ab.

Geldmarkt nicht mehr unter Angebotsdruck

Insbesondere in den ersten Monaten dieses Jahres verwandten die Banken einen großen Teil ihres Netto-devisenzugangs zu Geldmarktanlagen im Ausland. Die überreichliche Versorgung der Kreditinstitute mit Zentralbankgeld und die Zurückhaltung der Notenbank im Angebot längerfristiger Mobilisierungsmittel

hatten die Zinssätze am westdeutschen Geldmarkt schon vor der Ermäßigung der Diskontrate (ab 10. Januar 1959 von 3% auf 2½%) derart gedrückt, daß die Anlagebedingungen im Ausland, insbesondere in den Vereinigten Staaten bei den dort steigenden Geldmarktsätzen, günstiger waren als im Inland. Das so entstandene Zinsgefälle konnte zunächst voll ausgenutzt werden; die Bundesbank übernahm nämlich die Kurssicherung kostenlos. Zur Verbesserung der Devisenposition der Geschäftsbanken führte neben den Geldexporten, deren Zunahme durch die noch vor Jahresende 1958 hergestellte Ausländerkonvertibilität in Westeuropa unterstützt wurde, auch der Abfluß ausländischer Gelder nach der zweiten Abwertung des französischen Franc.

Die Geldexporte der westdeutschen Banken hielten keineswegs unvermindert an; dies vor allem deshalb nicht, weil die Notenbank die Kurssicherung bald nicht mehr kostenlos übernahm, sondern mit Swap-Sätzen belegte, die von zunächst 1/8% auf zuletzt 1/2% erhöht wurden. Zu dieser Veränderung der Swap-Sätze, also zur Anwendung eines international gesehen keineswegs neuen Instruments der Geldmarktpolitik, sah sich die Bundesbank wahrscheinlich durch die unerwünschten Wirkungen einer zu starken Geldausfuhr auf das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt veranlaßt. Auch inlandswirksame Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte führten bis in den März hinein zu Zentralbankgeldabflüssen bei den Kreditinstituten.

Die außerordentlich hohen Kassenausgaben des Bundes in den letzten Märztagen, die die Auflösung der Kassenreserven (rd. 3 Mrd. DM) zur Folge hatten, kamen hauptsächlich durch massive Vorauszahlungen von Rüstungsgüter-einfuhren und vorzeitige Schuldentilgungen im Ausland zustande und berührten damit die Bankenliquidität nicht.

In der gleichen Zeit nahm der Bund aber auch beträchtliche Inlandszahlungen vor, die sich in neuen Zuflüssen an Zentralbankgeld bei den Kreditinstituten niederschlugen. Derartige Liquiditätszugänge hielten seither der Tendenz nach weiter an; sie blieben aber geringer als der vorangegangene Entzug von Zentralbankgeld.

Das Zinsniveau am heimischen Geldmarkt hat sich bei dieser Entwicklung nicht erhöht, es ging aber auch nicht weiter zurück. Das Geldschöpfungspotential der Geschäftsbanken wurde durch die Ausweitung ihres Kreditvolumens nach wie vor jedoch so wenig in Anspruch genommen, daß sich die Institute veranlaßt sahen, ihren Wertpapierbestand weiter aufzustocken.

Verstärkte Beanspruchung der Wertpapiermärkte

Im Verlauf der ersten Hälfte dieses Jahres nahmen die Emissionen an Bankschuldverschreibungen (Pfandbriefen und Kommunalobligationen) sowie an öffentlichen Anleihen beschleunigt zu. Die Wertpapierkäufe der Banken machten in den ersten fünf Monaten dieses Jahres wieder mehr als die Hälfte der Zunahme des Umlaufes an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien aus. Im April und Mai war die Emissionstätigkeit so lebhaft wie im Herbst vorigen Jahres. Die Aufnahmebedingungen für das außerordentlich hohe Angebot waren damals aber weit ungünstiger. Die Emissionen 5%iger Wertpapiere mußten gestoppt werden, während diesmal nur eine teilweise leicht fallende Tendenz der Emissionskurse entstand. Der Überhang an Emissionen ist gering; er wird sicherlich bald beseitigt sein, da die Voraussetzungen für die bisher kräftige Erhöhung der Wertpapierbestände bei den Banken erhalten geblieben sind.

Manches spricht dafür, daß erheblich mehr längerfristige Finanzierungsmittel aufgenommen worden sind, als die Kreditnehmer für Investitionen in der nächsten Zeit ausgeben können. Soweit der noch nicht genutzte Zufluß an längerfristigen Mitteln nicht zur Geldkapitalbildung bei den Banken führte, trug er zur

weiteren Steigerung der Kassenreserven der Wirtschaft und der öffentlichen Hand bei.

Die Geldmenge (Bargeldumlauf außerhalb der Banken und Sichteinlagen von Wirtschaft und öffentlicher Hand bei den Kreditinstituten) wuchs auch in diesem Jahr bisher rascher als die Gesamtumsätze. Die Geldumlaufgeschwindigkeit ging also trotz der konjunkturellen Belebung nochmals zurück, wenn vermutlich auch weniger stark als im Vorjahr.

Liquiditätsentwicklung kein Anlaß für Zinssteigerungstendenzen

Wie oben ausgeführt wurde, ist in den nächsten Monaten mit keiner ins Gewicht fallenden Verringerung des Aktivsaldos der Leistungsbilanz zu rechnen. Es ist kaum anzunehmen, daß dem hierdurch entstehenden Liquiditätszufluß eine Kapitalausfuhr der Wirtschaft und Geldexporte der Banken gegenüberstehen werden, die stärker wachsen als bisher. Da auch erwartet werden kann, daß der Liquiditätsentzug durch Geldstillegung der öffentlichen Haushalte bei der Notenbank geringer werden wird, dürfte die Verfassung des Geldmarktes im wesentlichen unverändert bleiben und die kräftige Nachfrage nach Wertpapieren anhalten.

Die Emissionen festverzinslicher Wertpapiere werden in der zweiten Hälfte dieses Jahres kaum so umfangreich sein wie in der ersten Jahreshälfte. Dies gilt auch dann, wenn der Bund noch vor Jahresende Teile der geplanten Anleihe auflegen sollte. Anlässe für einen Anstieg der Zinssätze auf den Geld- und Kapitalmärkten sind somit nicht erkennbar.

Ausblick

Alles spricht dafür, daß sich das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums in der zweiten Hälfte des Jahres 1959 weiter beschleunigen wird. Zwar wird die Bautätigkeit, der bisherige Hauptträger der Expansion, nicht mehr so stark wachsen wie bisher, da sich hier zusätzliche Arbeitskräfte kaum mehr mobilisieren lassen. Verstärkt ausweiten wird sich dagegen die Produktion für den Export und die Ausrüstungsinvestitionen. Die zunehmende Bereitschaft der Wirtschaft, ihre Investitionsausgaben zu steigern, hat sich bisher in den Umsätzen noch kaum niedergeschlagen, zunächst also hauptsächlich zu einer Auffüllung der Auftragsbestände geführt. Auch von den Lagerinvestitionen her ist mit einer Belebung der Produktion zu rechnen.

Bei der Abschätzung der Möglichkeiten, die in den kommenden Monaten für die gesamtwirtschaftliche Expansion gegeben sind, darf nicht übersehen werden, daß ganz allgemein dem Wachstum der Produktion durch den Mangel an Arbeitskräften enge Grenzen gesetzt sind. Der Steigerung der Produktivität kommt unter diesen Umständen eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Die Voraussetzungen für eine verhältnismäßig starke Steigerung sind insofern günstig, als die Investi-

tionen der Wirtschaft zu einem großen Teil auf dieses Ziel hin ausgerichtet sind.

Durch die Beengung im Expansionspielraum unterscheidet sich die gegenwärtige Situation grundlegend von der in den Jahren 1954 und 1955, das heißt von dem letzten vorausgegangenen Aufschwung. Damals standen auf dem Arbeitsmarkt noch verhältnismäßig hohe Reserven zur Verfügung, die es zusammen mit rasch wachsenden Kapazitäten gestatteten, die gesamtwirtschaftliche Produktion innerhalb Jahresfrist um mehr als 10 vH zu steigern. Da sich in den Jahren seither die Beschäftigung in ihrem Wachstumstempo nur verlangsamt hatte, niemals aber absolut zurückgegangen war, wäre eine Ausweitung der volkswirtschaftlichen Produktion mit einer Jahresrate von etwa 5 bis 6 vH als ein günstiges Ergebnis zu betrachten. Von der Nachfrageseite her sind die Voraussetzungen für eine derartige Steigerung des Sozialprodukts ohne weiteres gegeben.

Da bisher keine Anzeichen dafür vorliegen, daß es in der zweiten Hälfte des Jahres zu Lohnsteigerungen kommen wird, die über den bisherigen Umfang hinausgehen, und auch die Expansion der sonstigen für den privaten Verbrauch verfügbaren Einkommen verhältnismäßig schwach sein dürfte, werden sich die Verbrauchsausgaben zwar weiter erhöhen, aber vermutlich doch nur in annähernd dem gleichen Tempo wie bisher.

Trotz der hohen Sparneigung und trotz des zunehmenden Anteils der Einfuhr am Angebot von Gütern und Dienstleistungen sind die Voraussetzungen für die Erhaltung der Preisstabilität in den kommenden Monaten nicht mehr ganz so günstig wie bisher.

In den letzten zwölf Monaten hatte der Rückgang der Nahrungsmittelpreise die anhaltenden Steigerungen der Preise für Dienstleistungen und Nutzungen bei unveränderten Preisen für industriell erzeugte Verbrauchsgüter annähernd ausgeglichen, so daß die Verbraucherpreise im ganzen stabil geblieben waren.

Wegen der Verknappung im Angebot landwirtschaftlicher Erzeugnisse muß nun mit einer gewissen Steigerung der Nahrungsmittelpreise gerechnet werden. Wenn deren Stärke auch davon abhängt, wie weit der Verknappung durch Einfuhren — im Rahmen des Möglichen — begegnet werden wird, so könnte bei der weiter anhaltenden Erhöhung der Preise für Dienstleistungen und Nutzungen die Preisstabilität nur durch einen Preisrückgang auf dem Gebiet der industriell erzeugten Verbrauchsgüter voll aufrecht erhalten werden.

Ob unter diesen Umständen die Ansätze zu Preis senkungen für solche Güter nicht nur in der Industrie, sondern auch im Einzelhandel, die in den letzten Monaten zu beobachten waren, erhalten bleiben, erscheint indes fraglich. Bei der zu erwartenden mäßigen Zunahme der Konsumentennachfrage sind die Voraussetzungen für eine spürbare Erhöhung des Preisniveaus der Güter und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs jedoch nicht gegeben.

Abgeschlossen in München am 10. Juli 1959

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in Mitteldeutschland seit Anfang 1957

Nach einem „Aktionsprogramm für den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande“, das vom Zentralkomitee der SED auf seiner im Oktober 1957 durchgeführten 33. Tagung beschlossen wurde, sollen in Mitteldeutschland bis zum Jahre 1960, dem Ende des zweiten Fünfjahresplanes, mindestens 50 vH der landwirtschaftlichen

Nutzfläche genossenschaftlich bewirtschaftet werden. Die im Jahre 1956 mit 234 Neugründungen von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nur wenig vorangekommene Sozialisierung wurde daraufhin verstärkt, denn mit 1,5 Mill. Hektar waren zur Jahreswende 1956 erst 23 vH der Nutzfläche im Besitz

von LPG¹⁾, also knapp die Hälfte der bis 1960 geforderten Fläche.

Vor der Oktobertagung ist der Zugang an neuen LPG auch im Jahre 1957 noch recht bescheiden gewesen. Bis Ende September waren nur 118 Neugründungen vorgenommen worden; im vierten Quartal stieg die Zahl der Neugründungen jedoch sprunghaft auf 292 an. Mit den insgesamt 410 Zugängen wurden 131 000 ha Nutzfläche in die LPG eingebracht, so daß Ende 1957 deren Anteil an der gesamten Nutzfläche Mitteldeutschlands 25 vH betrug. Die eingeleitete Entwicklung der verstärkten Sozialisierung wurde im Jahre 1958 forciert fortgesetzt. Die Zahl der Neugründungen nahm von Monat zu Monat zu und erreichte im dritten Quartal ihren Höhepunkt, als mit 1450 neuen LPG mehr Zugänge als in den beiden vorangegangenen Quartalen zusammen zu verzeichnen waren.

Die Zahl der LPG, ihrer Mitglieder und ihrer Fläche

Jahres- bzw. Vierteljahrsende	Zahl der LPG	Zahl der Mitglieder ¹⁾	Landw. Nutzfläche der LPG		
			insgesamt ²⁾	Anteil an der Nutzfläche der Zone	φ je LPG
			in 1000	1000 ha	in vH
1956	6 281	219,6	1 500,7	23,2	238,9
1957 1. Vj. . . .	6 268	219,0	1 540,0	23,8	245,7
2. "	6 307	222,2	1 562,6	24,2	247,8
3. "	6 399	224,3	1 587,2	24,5	248,0
4. "	6 691	229,0	1 631,9	25,2	243,9
1958 1. Vj. . . .	7 367	257,0	1 791,6	27,7	243,2
2. "	8 069	281,0	1 926,8	29,8	238,8
3. "	9 519	338,7	2 268,5	35,1	238,3
4. "	9 637	352,9	2 386,0	36,9	247,6
1959 1. Vj. . . .	9 529	378,1	2 499,2	38,7	262,3

¹⁾ Einschließlich der Familienangehörigen, die Mitglieder der LPG sind. — ²⁾ Einschließlich der Flächen in individueller Nutzung.

Der verhältnismäßig geringe Zugang neuer LPG im Jahre 1956 und bis zum Herbst 1957 hing nicht zuletzt damit zusammen, daß der Bestand der sogenannten „örtlichen Landwirtschaftsbetriebe“ (ÖLB)²⁾ durch Umwandlung in LPG oder Eingliederung in bereits bestehende LPG zurückgegangen war und sich mit dem Nachlassen der Fluchtbewegung selbständiger Bauern nicht mehr so stark erhöhte wie in den Vorjahren. Die Umwandlung dieser meist parzellierten und hauptsächlich ehemaligen Land- und Industriearbeitern überlassenen Betriebe in LPG hatte vorher einen wesentlichen Teil der Neuzugänge ausgemacht. Ende 1957 waren z. B. 880 000 ha oder 54 vH der genossenschaftlich genutzten Fläche aus solchen Betrieben hervorgegangen. Bei den Bemühungen, jetzt die Einzelbauern in verstärktem Maße zum Beitritt in die LPG bzw. zum Zusammenschluß zu bewegen, ging man im Gegensatz zu früheren Jahren weniger mit drastischen Zwangsmaßnahmen vor; man war und ist vielmehr bestrebt, die Bauern von der Überlegenheit der genossenschaftlichen Wirtschaftsweise zu überzeugen, die auch ihnen nach erfolgtem Eintritt in die LPG kurzfristig eine Verbesserung ihrer Einnahmen ermöglichen würde.

Mit solchen Versprechungen für ein gesicherteres Einkommen, denen die Bauern trotz aller angestellten Beweisführung mit erheblicher Skepsis begegnen, wäre die Steigerung der Zahl der LPG um 53 vH und der Fläche um 59 vH innerhalb der letzten beiden Jahre (44 bzw. 46 vH im Jahre 1958) allein kaum zu erklären.

¹⁾ Vgl. H. Gade: „Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der SBZ“ in „Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung“, Jg. 1957, Heft 3.

²⁾ Betriebe republikflüchtiger Bauern, die durch die Räte der Kreise verwaltet wurden.

Ausschlaggebend war vielmehr die Tatsache, daß bei der Gründung neuer LPG der Schwerpunkt auf solche des Typ I gelegt wurde, in denen lediglich die Ackerflächen eingebracht werden, die Viehwirtschaft jedoch im Eigenbesitz der Bauern verbleibt. Die stärkere Förderung dieses Typs war bereits auf der V. LPG-Konferenz (im Februar 1957) herausgestellt, später vom 33. Plenum des ZK erneut betont und schließlich im Beschluß³⁾ des Präsidiums des Ministerrates „zur Förderung der weiteren sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft“ vom Juni 1958 als Hauptmoment der Werbung bestätigt worden. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß bei der Beratung der sogenannten „Dorf-Perspektivpläne“ sämtliche Bauern in den einzelnen Gemeinden heranzuziehen sind. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse über die sich immer schwieriger gestaltenden Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung ihrer Wirtschaften infolge vielseitiger Benachteiligungen gegenüber den LPG-Mitgliedern haben viele, in ihrer Wirtschaftsführung bereits geschwächte Bauern einem solchen Zusammenschluß geneigt gemacht. Von den LPG-Neugründungen gehörten zum Typ I

- im 1. Halbjahr 1957 36,2 vH,
 - im 3. Quartal 1957 70,0 vH,
 - im 4. Quartal 1957 65,2 vH,
 - im 1. Quartal 1958 72,0 vH,
 - im 2. Quartal 1958 70,5 vH,
 - im 3. Quartal 1958 79,0 vH,
 - im 4. Quartal 1958 etwa 50 vH
- (genaue Zahlen liegen nicht vor).

Im Durchschnitt der letzten beiden Jahre sind rd. 75 vH aller Neubildungen von LPG in der Form von Zusammenschlüssen zum Typ I erfolgt.

Die wachsende Beteiligung des bäuerlichen Elementes kommt auch in der Zusammensetzung der Mitglieder der LPG zum Ausdruck. Absolut ist in der soziologischen Struktur die Mitgliederzahl von Jahr zu Jahr zwar bei allen Kategorien gestiegen, relativ in den letzten beiden Jahren jedoch nur der Anteil der Altbauern; eine Ausnahme machen lediglich die Industriearbeiter, deren ebenfalls steigender Anteil im Jahre 1957 auf die bereits früher eingeleitete und seit November 1958 gesetzlich⁴⁾ verankerte Aktion „Industriearbeiter auf's Land“ zurückzuführen ist. Besonders eindrucksvoll kommt die steigende Bedeutung der bäuerlichen Mitglieder zum Ausdruck, wenn man die absoluten Zahlen aller Mitglieder während der letzten zwei Jahre betrachtet. Seit Ende 1956 bis Dezember 1958 hat die Zahl der Land- und Industriearbeiter um 25 vH, der Neubauern um 57 vH, die der Altbauern aber um 206 vH zugenommen.

Die LPG-Mitglieder nach ihrer Herkunft in vH jeweils am Ende des Jahres

	1954	1955	1956	1957	1958
Landarbeiter . . .	47,0	48,8	44,9	42,5	33,8
Industriearbeiter .	1,1	5,7	9,9	11,3	8,8
Neubauern	35,0	29,8	28,7	28,5	28,0
Altbauern	12,5	10,8	11,9	12,6	23,5
Sonstige	4,4	4,9	4,6	5,1	5,9

Die Anzahl der in den Planerfüllungs-Berichten für die einzelnen Quartale ausgewiesenen Neugründungen von LPG steht vielfach in Widerspruch zu den jeweils veröffentlichten Angaben über den Gesamtbestand an LPG. Bis Ende September 1958 sind gegenüber 1956 zwar 3434 Neugründungen gemeldet worden, der Endbestand wird aber um nur 3238 höher ausgewiesen, so daß sich eine Differenz von 196 LPG ergibt. Aus dieser Differenz kann einmal geschlossen werden, daß neben

³⁾ GBl der DDR 1958, S. 529.

⁴⁾ GBl der DDR 1958, S. 845.

den Neugründungen gleichzeitig auch Wiederauflösungen bereits bestehender, aber wirtschaftlich nicht haltbarer LPG stattgefunden haben, zum zweiten, daß mehrere kleinere LPG, wie sie sich in den einzelnen Gemeinden häufig gebildet hatten, zu einer Einheit zusammengeschlossen worden sind. Solche Zusammenschlüsse erfolgten hauptsächlich zwecks besserer Ausnutzung der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) im Zusammenhang mit dem „Beschuß über die neuen Aufgaben der MTS“⁵⁾.

Neugründungen und tatsächlicher Bestand an LPG
seit Anfang 1957

	Neugründungen	Bestand an LPG		
		Soll	Ist	Differenz
LPG insgesamt				
Ende 1956	—	—	6 281	—
bis Ende 1957	520	6 801	6 691	110
bis Ende Sept. 1958 ¹⁾	3 434	9 715	9 519	196
LPG Typ I				
Ende 1956	—	—	944	—
bis Ende 1957	314	1 258	1 065	193
bis Ende Sept. 1958 ¹⁾	2 502	3 446	3 113	333

¹⁾ Im 4. Quartal 1958 sind im Erfüllungsbericht die Zugänge nicht ausgewiesen.

Die Differenz von 333 LPG Typ I zwischen den Neugründungen und dem ausgewiesenen Endbestand dieses Typs ist neben den genannten Gründen auch damit zu erklären, daß Übergänge von seit längerer Zeit bestehenden LPG Typ I zum Typ III (Typ II spielt eine nur untergeordnete Rolle) stattgefunden haben. Diese Entwicklung wird letzten Endes angestrebt und die vielen Neugründungen des Typ I, dem seitens der Bauern bei der Entscheidung zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit weniger starke Widerstände entgegengesetzt werden, sind lediglich als Vorstufe einer späteren völligen Beseitigung der einzelbäuerlichen Betriebsformen zu betrachten.

Die stürmische Aufwärtsbewegung in der Entwicklung der LPG hat im vierten Quartal 1958 allerdings wieder nachgelassen. In diesem Zeitabschnitt wurden nur 118 neue LPG gegründet; im ersten Quartal 1959 ging die Anzahl sogar zurück, wahrscheinlich weil mehr Zusammenlegungen als Neugründungen stattgefunden haben. Das Überwiegen der Zusammenlegungen steht in engem Zusammenhang mit der auf der VI. LPG-Konferenz (im Februar 1959) erhobenen Forderung, im Zuge des „Siebenjahresplanes der Landwirtschaft“ bei der genossenschaftlichen Entwicklung der Landwirtschaft neue Wege zu beschreiten und künftig nicht die Entwicklung jedes einzelnen Dorfes, sondern die des Kreises in seiner Gesamtheit zur Grundlage der Perspektivplanung zu machen. Das besagt nichts anderes, als daß man über die Grenzen des Dorfes hinaus allmählich zur Vereinigung einzelner LPG zu Groß-LPG gelangen will, die für den Einsatz von Großmaschinen besonders geeignet sind⁶⁾. Eine wesentliche Voraussetzung für den Aufbau solcher Groß-LPG ist in technischer Hinsicht die ständige Verfügbarkeit über den

notwendigen Maschinenpark. Diese wurde durch den „Beschuß über die leihweise Übergabe der Technik der MTS an LPG des Typ III“⁷⁾ geschaffen, wodurch nach sowjetrussischem Vorbild die Abhängigkeit der LPG von der MTS weitgehend eingeschränkt wird. Die den Einzelbauern immer wieder zugesagte Hilfe seitens der MTS muß jedoch gleichzeitig mit deren Auflösung sowie mit fortschreitender Produktion von Großmaschinen zwangsläufig immer geringer werden.

Ende März 1959 wurden bereits 39 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche Mitteldeutschlands genossenschaftlich genutzt; einschließlich der Volkseigenen Güter und sonstiger Betriebe in staatlicher Regie waren es 45 vH. Die Anstrengungen zur weiteren Vergesellschaftung der noch bestehenden Privatbetriebe werden fortgesetzt. Von Bedeutung in dieser Hinsicht sind die vom Ministerrat am 9. April 1959 beschlossenen Maßnahmen⁸⁾ „zur weiteren Förderung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und zur weiteren Festigung der LPG“. Sie dienen der Schaffung rechtlicher Grundlagen zur Regelung aller Beziehungen innerhalb und außerhalb der Genossenschaft. Im letzteren Falle finden sie ihren Niederschlag in dem erst kürzlich veröffentlichten „Gesetz über die LPG“⁹⁾. Für alle Fragen der innergenossenschaftlichen Organisation wurden allgemein verbindliche Rechtsnormen und somit gesetzliche Grundlagen durch entsprechende Beschlüsse¹⁰⁾ über die Neufassung der Musterstatuten des Typ I, II, III und über die innere Betriebsordnung der LPG geschaffen.

Alle den LPG zum Vorteil reichenden Maßnahmen bergen indirekt Benachteiligungen für die Einzelbetriebe in sich. Allmählich werden sich daher die bisher noch freiwirtschaftenden Bauern — sofern sie ihre Heimat nicht verlieren wollen — mehr und mehr zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit entschließen müssen. Von einer Überlegenheit der Betriebsform der LPG kann heute noch kaum die Rede sein, wie die vielen neuen Maßnahmen beweisen, mit deren Hilfe die Wirtschaftlichkeit der zahlreichen noch leistungsschwachen LPG erreicht werden soll. Auch weiterhin werden daher die staatlichen Zuschüsse nötig sein, wie sie bisher zur Vortäuschung einer besseren Lage der LPG-Mitglieder gewährt wurden.

Es darf nicht verkannt werden, daß hinter den Maßnahmen zur Überführung der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe in größere Betriebseinheiten gewichtige ökonomische Erwägungen stehen, nämlich die Hoffnung, daß auf längere Sicht eine wirtschaftlichere Nutzung des Bodens, der Maschinen und der Arbeitskräfte doch erreicht werden kann. Das Endziel, die gesamte landwirtschaftliche Fläche Mitteldeutschlands in nicht zu ferner Zukunft auf genossenschaftlicher Basis zu nutzen, ist aber auch eminent politisch bedeutsam, denn durch die Betriebsform der LPG glauben die Machthaber in Mitteldeutschland, neben der Eingliederung der landwirtschaftlichen Erzeugung in das ökonomische Plansystem auch die politische Beherrschung des Landvolkes am ehesten durchsetzen zu können.

⁷⁾ GBl der DDR 1959, S. 362.

⁸⁾ „Neues Deutschland“, vom 10. 4. 1959.

⁹⁾ GBl der DDR 1959, S. 577.

¹⁰⁾ GBl der DDR 1959, S. 333 u. S. 359.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 31. Juli 1959

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 196
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten, Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 2 Zahlenbeilagen —

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit†)	1958												1959				
			März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai		
			26	24	24	23,2	27	25,9	26	27	23,4	25	25,7	24	24	26	22,2		
Anzahl der Werktage:																			
Bevölkerung																			
Bevölkerungsbestand, insgesamt	D	1000	E	71600	.	.	71700	.	.	71900	.	.	72000	.	.	72100	.	.	
" " " " " " " "	BRD	"	"	50954	51006	51073	51119	51177	51237	51304	51368	51418	51452	51503	51549	51591	.	.	
" " " " " " " "	G-B	"	"	3332	.	.	3334	.	.	3339	.	.	3336	.	.	3325	.	.	
" " " " " " " "	W-B	"	"	2222	2222	2224	2224	2227	2230	2229	2228	2228	2226	2225	2222	2218	2215	2213	
" " " " " " " "	O-B	"	"	1110	.	.	1110	.	.	1110	.	.	1110	.	.	1110	.	.	
" " " " " " " "	SBZ	"	"	16255	.	.	16225	.	.	16190	.	.	16160	.	.	16150	.	.	
" " " " " " " "	Saar	"	"	1024	1027	1029	1030	1032	1034	1036	1038	1040	1040	1042	1043	1046	.	.	
Bevölkerungsbewegung																			
Geburten ¹⁾	BRD	auf 1000		18,4	17,5	17,7	16,3	15,6	15,8	17,6	16,5	16,1	16,9	17,5	19,0	19,0	18,9	.	
" " " " " " " "	W-B	Einwohner		8,8	8,6	8,6	8,2	8,3	8,2	9,3	8,2	7,9	8,8	9,7	9,9	10,0	9,6	9,8	
Sterbefälle ²⁾	BRD	und 1 Jahr		12,2	11,3	10,4	9,8	9,5	9,0	9,2	10,1	10,5	11,5	11,1	12,1	12,1	11,5	.	
" " " " " " " "	W-B	herechnet		16,2	15,4	13,4	13,0	12,7	12,3	12,9	14,3	15,1	16,3	16,6	16,3	17,5	16,3	14,8	
Eheschließungen	BRD	"		6,4	8,7	12,6	8,1	11,1	21,7	5,2	7,6	7,9	7,4	5,7	6,3	7,3	9,3	.	
" " " " " " " "	W-B	"		8,4	9,0	12,2	9,3	10,7	15,3	8,6	8,4	7,5	8,5	6,0	6,9	9,3	9,3	11,6	
Einkommen																			
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD	Mill. DM	S	2270,8	2392,7	2458,9	2378,4	2509,9	2419,0	2420,1	2516,0	2427,2	2605,4	2411,7	2173,9	2345,1	2438,7	2461,4	
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	274,5	289,2	297,2	287,5	303,4	292,4	292,6	304,2	293,4	315,0	291,5	262,8	283,5	294,8	297,6	
Gehälter in der Industrie	"	Mill. DM	S	808,9	811,3	817,3	827,4	830,4	829,6	833,3	835,7	869,6	954,6	884,3	852,0	865,1	872,7	877,4	
" " " " " " " "	"	1949 = 100	"	332,9	333,9	336,4	340,5	341,8	341,4	343,0	343,9	357,9	392,9	363,9	350,7	356,0	359,1	361,1	
Deutsche Bundesbahn																			
Personenverkehr																			
Bef. Personen, kalendertägl.	BRD	1950 = 100	S	114	103	102	105	99	101	110	95	108	95	103	105	109	92	.	
Geleistete Personen-km ³⁾	"	Mill.	"	3033,2	2886,4	3507,6	3489,4	3998,9	4072,5	3436,4	2886,3	2804,5	3022,1	2930,1	2744,1	3357,4	2704,1	.	
Güterverkehr																			
Beförderte Güter, arbeitstäg.	"	1950 = 100	"	114	118	122	123	116	114	119	127	135	121	110	108	114	115	.	
Geleistete Nettotonnen-km ⁴⁾	"	Mill.	TD	4646,0	4437,1	4662,6	4501,3	4970,4	4838,8	4786,1	5258,8	4854,6	4504,4	4392,9	4085,3	4461,5	4643,4	.	
Wagengestellung, arbeitstäg.	"	1000	"	58,6	60,5	62,1	61,8	59,5	59,1	60,5	64,2	66,0	58,8	53,7	54,2	58,5	58,0	60,8	
Straßenverkehr																			
Bef. Pers. auf Straßenbahnen ⁵⁾	BRD	Mill.	S	277,3	262,7	271,2	252,9	260,5	240,1	252,6	272,1	269,7	283,6	280,0	256,3	266,1	261,3	.	
" " " " " " " "	"	"	"	207,2	185,8	186,7	177,5	182,7	177,5	186,2	196,5	200,7	214,3	221,3	200,2	203,4	195,3	.	
Geleistete Tonnen-km im gewerblichen Güterfernverkehr ⁶⁾	BRD u. W-B	"	"	1146	1188	1241	1250	1380	1301	1344	1451	1307	1169	1070	1094	1295	.		
Geleistete Tonnen-km im Werkfernver ⁶⁾	"	"	"	255	247	251	257	294	270	295	296	258	242	223	232	262	.		
Zulassung v. fabrikneuen Kraftfahrzeugen insgesamt	"	Stück	E	98220	96279	93476	81634	82035	65041	74818	78429	60976	63246	54750	75627	118792	116285	91803	
dar.: Personenkraftwagen	"	"	E	64495	62909	63444	55883	55820	45289	52974	57190	44742	46984	40482	53723	83279	81886	64880	
Binnenschifffahrt⁹⁾																			
Beförderte Güter, arbeitstäg.	BRD	1950 = 100	S	177	189	190	217	196	201	207	197	213	199	168	156	211	.	.	
Geleistete Nettotonnen-km	"	Mill.	"	2701,3	2497,7	2598,7	2916,1	3028,6	2976,8	3060,5	2952,4	2776,2	2758,6	2458,2	2113,9	2924,9	3123,8	4949,2	
Seeschifffahrt																			
Güterverkehr, insgesamt	BRD	1000 t	S	4640,3	4223,8	4487,3	4691,9	5246,0	5061,7	4826,9	5184,8	5278,9	4996,8	4955,9	4626,1	5102,1	5025,4	.	
dar.: Auslandsverkehr ¹⁰⁾	"	"	"	4303,6	3955,0	4190,8	4364,0	4930,1	4728,4	4434,3	4833,0	4966,3	4743,6	4696,0	4318,3	4752,3	4677,5	.	
Deutscher Seefrachtenindex	"	1950 = 100	"	216	215	228	245	239	239	222	234	275	248	238	235	259	235	.	
Linienfahrt	"	2.Hj. 54=100	D	124,8	122,4	121,7	120,7	120,6	120,3	120,7	120,7	120,4	120,4	120,0	119,6	119,1	118,8	118,7	
Trampfahrt	"	"	"	64,3	65,0	66,8	64,7	65,2	63,8	65,5	71,9	75,0	71,8	68,0	67,5	65,5	67,5	68,8	
Tankerfahrt	"	Mo/Se.=100	"	44,4	40,6	47,0	43,6	50,0	53,1	56,5	57,3	59,2	60,6	57,5	52,2	45,2	41,4	47,4	
Luftverkehr¹¹⁾																			
Fluggäste	BRD u. W-B	1000	S	321,6	368,2	454,8	461,6	513,7	534,6	519,6	443,5	301,0	323,2	317,4	257,2	392,2	.	.	
Fracht	"	t	"	3988	4002	3960	4038	4109	4022	4597	4972	4681	4949	4918	4372	.	.	.	
Post- und Fernmeldeverkehr																			
Nachrichtenverkehr ¹²⁾	BRD u. W-B	1950 = 100	S	179,3	176,8	175,3	169,0	172,3	160,1	176,7	190,0	183,0	206,9	178,7	164,3	181,6	.	.	
Briefsendungen	"	Mill.	"	684	644	629	571	617	542	644	712	665	785	590	557	644	641	.	
Gewöhnliche Paketsendungen	"	"	"	23,8	21,5	20,2	17,7	19,3	18,2	20,9	25,0	25,2	33,4	19,0	20	23	23	.	
Telefongespräche	"	"	"	298	310	312	318	307	301	310	323	322	347	339	309	327	.	.	
Gutschriften i. Postscheckdienst	"	Mill. DM	"	18246	17791	17992	17630	19168	18192	18277	19538	18444	21316	20422	17301	17879	20460	.	
Guthaben auf Postsparkassenkt.	"	"	D	1987	2017	2048	2075	2122	2141	2169	2197	2223	2255	2340	2415	2484	2524	.	
Einzelhandelsumsätze																			
Gesamter Einzelhandel	BRD	1954 = 100	S	197	186	141	124	141	127	125	146	142	212	130	117	142	140	139	
Nahrungs- und Genußmittel	"	"	"	136	138	136	126	135	132	127	138	129	179	128	124	140	137	137	
Bekleidung und Wäsche	"	"	"	129	128	150	110	140	104	102	150	154	240	130	95	138	131	139	
Hausrat und Wohnbedarf	"	"	"	148	136	141	130	152	146	153	171	173	251	136	129	146	149	144	
sonstiger Einzelhandel	"	"	"	149	144	141	137	153	138	139	146	142	225	132	131	154	156	142	
Index der Grundstoffpreise																			
Grundstoffe insgesamt	BRD	1938 = 100	D	254	254	254	253	252	251	250	251	255	253	252	253	252	251	252	
" " " " " " " "	"	1950 = 100	"	133	133	132	132	131	131	130	131	132	132	132	132	132	131	132	
Grundst. inländischer Herkunft	"	"	"	140	140	139	139	139	138	138	139	139	140	140	140	138	139	139	
Grundst. ausländischer Herkunft	"	"	"	100	100	99	99	98	97	97	96	96	95	94	94	95	96	96	
Grundst. landwirtschaftl. Herk. industrieller	"	"	"	120	120	120	119	118	118	117	118	119	120	119	119	118	117	119	
" " " " " " " "	"	"	"	146	146	146	146	146	146	145	145	145	145	145	146	146	145	146	
Index der Erzeugerpreise																			
Gesamte Industrie	BRD	1938 = 100	D	234	234	233	233	233	233	233	233	233	232	232	232	231	231	231	
" " " " " " " "	"	1950 = 100	"	126	125	125	125	125	125	125	125	125	125	124	124	124	124	124	
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	"	"	139	139	139	139	138	138	138	139	139	138	138	138	138	137	137	
Investitionsgüterindustrien	"	"	"	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	133	133	133	
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	102	102	101	101	100	100	100	99	99	99	98	98	98	98	98	
Nahrungs- u. Genußmittelind.	"	"	"	106	106	106	10												

